

II-473 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 237 ⁷⁵

1983 -09- 30

A N F R A G E

der Abgeordneten Maria Stangl, Dipl., Ing. Fuchs, Deutschmann
und Genossen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend Ausreisedepot für Jugoslawen

Jugoslawischen Pressemeldungen zufolge soll die vor einem
Jahr eingeführte Depotpflicht für ins Ausland reisende
Jugoslawen wahrscheinlich auch für das Jahr 1984 gelten.
Als Hauptgrund für die Beibehaltung der Depotpflicht führen
die Jugoslawen den Devisen- und Dinarabfluß ins Ausland an.
Tatsächlich kamen in der ersten Jahreshälfte 1983 mehr als
die Hälfte weniger einreisende Jugoslawen nach Österreich,
vornehmlich in die Steiermark und nach Kärnten.

Diese Depotpflicht hat den früher so regen kleinen Grenzverkehr
im ohnehin wirtschaftlich benachteiligten steirischen und
Kärntner Grenzland drastisch eingeschränkt und unsere Wirt-
schaft schwer getroffen.

Die Steiermärkische Landesregierung steht - ebenso wie die
Kärntner Landesregierung - in ständigen diesbezüglichen Ver-
handlungen und bemüht sich um Erleichterungen im kleinen Grenz-
verkehr.

Auch in der slowenischen Bevölkerung hören wir zunehmend Kritik
an der Unterbindung von Einkaufsmöglichkeiten in den benach-
barten österreichischen Märkten und Städten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen angesichts dieser
Situation an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
folgende

A n f r a g e :

Welche Schritte haben Sie mit welchem Erfolg unternommen, damit die Depotpflicht seitens der jugoslawischen Behörden abgeschafft und der kleine Grenzverkehr nicht zum Schaden der Wirtschaft des österreichischen Grenzlandes eingeschränkt bleibt?